

Und die Wähler im Wahlkreise Woers-Rees!

Möglichkeit ist nach einem bekannten Ausspruch in Deutschland Trumpf, und unerschrocken kam die Auflösung des Reichstags. Mit Vollstimm voraus soll es dem Wahltage zugehen, denn schon am 25. Januar 1907 findet die Wahl statt und vom 28. Dezember liegen die Wählerlisten aus. Was war

die Ursache der Reichstagsauflösung?

Es fand sich keine Mehrheit, welche die Reichstagsauflösung, die im Staatsjahr 1906 für den unglückseligen Zustand in Südafrika entstanden sind, in der von den verbündeten Regierungen geforderten Höhe (über 29 Millionen Mark) zu den 77 Millionen, die bereits in diesem Jahre für den Zustand ausgegeben wurden) bewilligen wollte.

Während ein Teil des Reichstags (Konservative, Antisemiten, Nationalliberale, Freisinnige und Volkspartei) bereit war, die Regierungsforderungen zu bewilligen, wollte ein Zentrumsantrag nur rund 20 Millionen Mark gutheißen und forderte außerdem die rasche Zurückziehung des größeren Teils der Truppen, der am 31. März 1907 nach rund 8000 Mann betragen sollte, bis auf 2500 Mann.

Da für den Antrag der Freisinnigen und für die Regierungsozialisten sich keine Mehrheit fand, erfolgte die Auflösung.

Wähler! Ihr habt nunmehr durch die Wahl neuer Abgeordneten zu entscheiden, wie Ihr nicht nur über die Sachlage in Südafrika,

sondern über unsere gesamte innere und äußere Politik denkt.

Die Lage ist ernst, sehr ernst. Nach 35-jährigem Bestehen befindet sich das Deutsche Reich in einer nahezu gänzlichen Isolation. In Reisen und Reden in vieler Herren Länder hat es namentlich in den letzten anderthalb Jahrzehnten nicht gefehlt, an Gesandten für die verschiedensten Nationen ebenfalls nicht. Aber der Erfolg aller dieser nicht gesuchten Liebes- und Freundschaftsbegegnungen ist, daß heute die deutsche Politik fast vom gesamten Ausland mit Mißtrauen betrachtet wird und Deutschland statt Freunde meist nur Feinde oder offene Gegner hat.

Die Weltlage ist daher die, daß, ungeachtet aller Versicherungen unserer Friedensliebe, die die regierenden Herren bald bei dieser, bald bei jener Gelegenheit abgeben, die Rüstungen zu Wasser und zu Lande immer gewaltiger werden.

die Schulden- und Steuerlasten

der Nationen immer mehr wachsen und ein Gefühl der Beängstigung wie vor dem Gerannahen einer ungewissen Katastrophe die Kulturländer immer stärker beherrscht und sie nicht zum ruhigen Genuß der Früchte ihrer Arbeit kommen läßt.

Wir Sozialdemokraten haben die Politik, die zu solchen Resultaten führen mußte, von Anfang an bekämpft. Wir haben verlangt, daß, statt dieser unangelegten Rüstungen, die nur das gegenseitige Mißtrauen der verschiedenen Staaten in Atem halten und sie zu immer größerem Wettstreit in diesen Rüstungen anstacheln und nicht anders als mit einer welterschütternden Katastrophe enden können, die Regierenden die Kulturländer zu gemeinsamer Beratung einladen, diesem verhängnisvollen Zustande ein Ziel zu setzen. Wir haben unausgesetzt verlangt und verlangen immer wieder, daß die Kulturländer, statt in der Errichtung großer Kleemeen und Flotten und in der Erfindung und Herstellung der vollendetsten Menschenvernichtungsmaschinen, in den Werken des Friedens und der Zivilisation wetteifern. Die Erde ist groß und reich genug, um allen Glück und Wohlsein zu ermöglichen und sie zu einer Stätte friedlichen Wettbewerbs in den Werken der Kultur und Zivilisation zu gestalten.

Statt dessen sehen wir die herrschenden Klassen, die mit der Lösung: wer den Frieden will, muß für den Krieg sich rüsten, die Völkervereinigungspolitik zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft im Innern betreiben. Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande dienen ihnen zur Bereicherung. Dabei hegen sie den Hintergedanken, daß die Völker, die in befähigter Sorge und Angst vor dem erobertungs- und kriegslüsterigen Nachbarn gehalten werden, sich nicht der Verbesserung der sozialen Zustände zuwenden, wie sie es sonst könnten und sollten.

Diese völkerschädigende Politik, in der Deutschland heute den Ton angibt, haben wir bisher auf das entschiedenste bekämpft, wir werden sie weiter bekämpfen.

Die Auflösung des Reichstags hat vorerst das Volk davor bewahrt,

die neuen Opfer

kennen zu lernen, die seiner warten. Unsere Pflicht ist es, sie ihm vorzuführen, damit es bei den Wahlen seine Aufhebung zu treffen vermag.

Der Etat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden konnte, heißt entsprechend der oben charakterisierten Politik eine sehr erhebliche Erhöhung der finanziellen Lasten. Der Militäretat fordert einschließlich der einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund 700 Millionen Mark — gegen das Vorjahr mehr rund 51 Mill. Mark, der Marine-Etat fordert insgesamt rund 291 Mill. Mark — gegen 1906 mehr 24 1/2 Mill. Mark. Dazu kommen rund 100 Mill. Mark für den Friedenspensionsfonds, sodas im nächsten Jahre im ganzen 1190 Mill. für den Militarismus aufgebracht werden sollen. Die Reichs-Etat erfordert an Zinsen im Jahre 1907 136 1/2 Mill. Mark — mehr gegen 1906 über 9 Mill. Mark. Von diesen Zinsen fallen über Dreiviertel auf Schulden, die für die Zwecke der Militär- und Marinevermehrung gemacht wurden.

Die Schulden des Reichs sind seit 1888, dem Jahre, in dem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, von 721 Millionen Mark auf nahezu 4000 Millionen Mark gestiegen, und abermals fordert der Etat für 1907 einen Anleihebedarf von 264 Millionen Mark, so daß wir bald in die

fünfte Milliarde Reichsschulden

einreten. Und diese Schuldenlast wächst trotz der bedeutend erhöhten Zölle auf die notwen-

digsten Lebensmittel durch den Zolltarif von 1902 und trotz der im laufenden Jahr bewilligten neuen Steuern. So wurden bewilligt die Erhöhung der Biersteuer, der Fracht- und Urfundenstempel, die Zigarettensteuer, die Eisenbahnfahrartensteuer, die Automobilsteuer, die Aufsichtsratsantienemen- und die Erbschaftsteuer, die Erhöhung des Ortsportos für Karten und Drucksachen. Trotz alledem ist das Reich nach wie vor in der größten Selbstverlegenheit. Weiter sind die Patrimonialumlagen, d. h. diejenigen Beiträge der Einzelstaaten, welche diese nach Maßgabe der Kopfzahl ihrer Bevölkerung an die Reichskasse zu zahlen haben, soweit die eigenen Einnahmen des Reiches aus Steuern und Anleihen nicht reichen, weit höher angelegt worden, als die sogenannte Finanzreform in Aussicht nahm.

In dieser traurigen Finanzlage des Reiches tragen

sämtliche bürgerlichen Parteien die Schuld,

da sie dem Reich setat ihre Zustimmung gaben.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuerquellen befassen muß.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichslasten herangezogen werden. Bisher wurde die bequeme Methode verfolgt, die Lasten des Reiches vorwiegend auf dem Wege der indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzubringen. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichslasten getragen.

Unsere Vertreter im neuen Reichstag werden nach wie vor verlangen, daß die Lasten denen auferlegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue Mehrausgaben für Rüstungen und unproduktive Zölle zu bewilligen, auf den eigenen Anteil aber den Daumen zu halten.

Wir fordern die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer von allen, die über 5000 Mark Jahreseinkommen haben, und eine progressive Vermögenssteuer von allen, die mehr als 50 000 Mark Vermögen besitzen. Des weitern fordern wir den Ausbau der Reichs-Erbschaftsteuer, die statt der 38 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Leichtigkeit mehr als das Sechsfache ergeben kann.

Werden diejenigen, die bisher die Hauptträger der Reichspolitik gewesen sind, ihren großen patriotischen Worten entsprechend auch in den Opfern herangezogen — wie sind überzeugt, sie werden andere Seiten aufsuchen.

Wähler! an Euch ist es, durch Abgabe Eurer Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Die gleiche Opposition, die wir bisher der auswärtigen Politik entgegengekehrt, haben wir der

Kolonialpolitik des Reiches

entgegengekehrt. Die deutschen Kolonien lohnen mit ganz vereinzelter Ausnahme weder die auf sie angemessenen Opfer, noch bieten sie einer auch nur nennenswerten Zahl deutscher Auswanderer eine Heimat. Die Opfer, die das Reich alljährlich für die Kolonien bringt, stehen im größten Mißverhältnis zu den aus den Kolonien zu ziehenden Gewinnen. Der Handel mit den Kolonien hat nach zwanzigjährigen Besten an Ein- und Ausfuhr die unbedeutende Summe von 64 Millionen Mark im Jahre 1906 ergeben. Davon betrug die Ausfuhr nach den Kolonien 40 1/2 Millionen Mark, die in der Hauptfache zur Deckung der Bedürfnisse der deutschen Beamten und Schutztruppen verwendet wurden. Für diesen geringfügigen Handel zahlen wir an baren Reichszufüssen an die Kolonien, einschließlich von Kauffou, aber ohne die Ausgaben für die Ausstände der Eingeborenen, über 30 Millionen Mark pro Jahr. Der Welthandel Deutschlands betrug im Jahre 1906 die kolossale Summe von 13 278 Millionen Mark. Der Handel mit den Kolonien beträgt also nicht einmal 1/2 Prozent davon!

Zu diesen regelmäßigen Opfern für die Kolonien kommen aber die besondern Opfer, die im Laufe der Jahrzehnte durch die Ausstände der Eingeborenen und speziell den jetzt schon nahezu drei Jahre währenden Zustand in Südafrika verursacht sind.

Wähler! Kein ehelicher Mann kann bestreiten, daß die Ursache dieser Ausstände in der Behandlung liegt, die den Eingeborenen durch einen großen Teil der Anführer und auch durch die Politik gar mancher der in den Kolonien herrschenden Beamten widerfuhr. Das läßt sich insbesondere in bezug auf den Zustand in Südafrika attennmäßig nachweisen. Ihres Eigentums beraubt, oft mißhandelt, fast rechtlos, der Verachtung und Ausbeutung preisgegeben, haben die Eingeborenen schließlich zu dem äußersten Mittel gegriffen, zur Empörung wider die Unterdrücker.

Bereits haben die für den Zustand in Südafrika ausgegebenen Summen einschließlich der für 1906 zugestandenen Staatsüberschreitungen und einschließlich der zuletzt vom Reichstag geforderten Nachtragsetats gegen 400 Millionen betragen. Und der Etat für 1907 verlangt abermals für die Niederwerfung des Aufstandes über 68 Millionen Mark und selbst nach vollständiger Niederwerfung des Aufstandes werden auf ungefähre Jahre erhebliche finanzielle Opfer gefordert. Namentlich droht die Errichtung einer Kolonialarmee.

Wähler! Die Fragen, die wir bisher erörtert haben, sind aber nicht die einzigen, die den künftigen Reichstag beschäftigen werden.

Die Zoll- und Absperrungspolitik

die unsere Agrarier über 1000 Millionen im Jahre einbringt, bedingt eine klandide Unterernährung von Millionen Menschen. Fleisch, Brot, Butter, Eier und vor allem die Milch, die Hauptnahrung unserer Kinder, sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Den armen Landarbeiter wollte man durch die Zollerhöhung aus der bittersten Not helfen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

Landarbeiter im Wahlkreise Moers-Rees!

Was hat Euch die Zollerhöhung, der Raubzug auf die Taschen der großen Masse eingebracht? Seid Ihr instande, ein anständiges Leben führen zu können? Tag für Tag, sogar am Sonntage müßt Ihr Eure Knochen für die Großgrundbesitzer hergeben.

Wähler! Wollt Ihr die Hungerpeitsche der großen Agrarier nicht fernerhin über Euren und Eurer Familienhäupter geschwungen sehen, so wählt Vertreter, die dieser Ausbeutungspolitik ein Ende machen, wählt **Sozialdemokraten!**

Gort mit den Lebensmittelwuchern!

In der Zigarren- und Textilindustrie herrschen ebenso traurige Zustände. Mann, Frau und Kind er müssen sich dem Geldverdränger zur Verfügung stellen, wenn sie nicht am Hungertuche nagen wollen. Der Bergarbeiter hat man ein Gesetz gegeben, wozu selbst der christliche Bergkaplan schrieb: „Steine statt Brot hat man uns gegeben“. Die christlichen Arbeiter bezahlten gerne einige Pfennige mehr Lebensmittelpreise, sagte ein bekannter Zentrumsmann. Heute sind die christlichen Hausfrauen nicht mehr instande, von den Löhnen, welche ihre Männer verdienen, einen ordentlichen Haushalt zu führen.

Christliche Wähler im Wahlkreise Moers-Rees! Hört was Eure Vertreter vom Sozialismus sagen:

Der **Bischof Ketteler** erklärte 1864 in seiner Broschüre „Arbeiterfrage und Christentum“: „Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die Lage des Arbeiterstandes mit unerbitterlicher Schärfe aufgedeckt zu haben!“

Der **Professor Dr. Hinke** schrieb in seiner Broschüre „Kapital und Arbeit“ folgendes: „Wir dürfen dem Sozialismus ganz getrost als Verdienst anrechnen, wenn er den relativen Charakter des heutigen Privateigentums betont. In Zeiten des Aufschwunges: Zu viel Kapital und zu wenig Arbeit; in Zeiten des Niederganges: Zu wenig Kapital und zu viel Arbeit. Es muß ein Ausgleich möglich sein, und wenn kein anderer gefunden wird, müssen wir den des Sozialismus akzeptieren.“

Das **Bonner Zentrumsblatt** „Die Deutsche Reichszeitung“ schrieb 1898 in einem Artikel über die sozialen Fragen: „Es ist nunmehr eine allgemein anerkannte Mehrheit, daß die Zukunft das Gepräge des Sozialismus tragen wird.“

Wähler im ganzen Wahlkreise, handelt am 25. Januar nach diesen Urteilen.

Nieder mit den bürgerlichen Kandidaten.

Wer Zentrum oder Freikonservativ wählt, will den Rückschritt fördern, den Brot- und Fleischwucher verewigen und die Masse der Arbeiter zu Not und Elend verurteilen, will den Reichen alle Rechte und dem Armen alle Lasten zuerkennen, will noch mehr dem Militärmosch opfern, will die Kolonialpolitik fortsetzen und damit dem arbeitenden Volke

immer mehr neue und drückende Steuern aufhalsen!

Zur Beachtung!

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche (man braucht also nicht Preuze zu sein) männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung sind Personen, die unter Vormundschaft oder unter Kuratel stehen, oder die sich in noch nicht abgeschlossenen Konkursverfahren befinden. Personen, welche eine direkte Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeinbemitteln beziehen oder im letzten Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Wähler! Bedenkt auch, daß in dieser ersten Zeit es doppelt notwendig ist, zu dem Organ **Niederrheinische Arbeiterzeitung** zu stehen. Die mißliche Lage, in welcher sich gerade die bürgerlichen Parteien befinden, wird deren Zeitungen zu den tollsten Sprüngen und Verdächtigungen der Sozialdemokraten, sowie zur Verdunkelung der Tatsachen, um die es sich bei dieser Wahl handelt, verleiten. Jeder, der mit uns denkt und fühlt, muß auch jetzt die **Niederrheinische Arbeiterzeitung** halten. Jede Auskunft über Bestellung der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, sowie über die gesamte Bewegung während der Wahl werden im Kreise Moers vom **Arbeitersekretariat Hochheide, Prinzstraße 95**, im Kreise Rees beim **Genossen Carl Dettmer in Wesel, Lüdingsstraße 857** erteilt.

Wähler! Parteigenossen! Die Zeit bis zum 25. Januar erfordert schwere, unablässige Arbeit. Jede Stunde muß ausgenutzt werden zur Agitation für die Partei der Arbeit. Sorgt dafür, daß die Massen über ihre Lage aufgeklärt, daß die Zweifelnden belehrt, die Säumnigen aufgerüttelt werden.

Die wirtschaftliche Ausbeutung, die politische Unterdrückungspolitik der herrschenden Klassen gegen die Arbeiter muß an den Beschlüssen der Reichstagsmehrheit, an den von ihr geschaffenen Gesetzen, an der durch ihre Militär-, Marine-, Kolonial- und Steuerpolitik herbeigeführte traurige, nach noch mehr Steuern drängende Finanzlage des Reichs nachgewiesen werden.

Wähler! Für die Sozialdemokratie ist die Wahlparole durch die Ereignisse gegeben. Sie führt den Wahlkampf im Zeichen des Kampfes gegen das persönliche Regiment, zum Schutze der bedrohten Volkrechte.

Sie kämpft

gegen die ulerlose Flotten- und Weltpolitik, gegen die volksausfangerische Kolonialpolitik, gegen die Befudlung der nationalen Ehre durch koloniale Untaten.

Sie kämpft

gegen die Volksausbeutung durch Zollwucher und Grenzsperrern, gegen den Brot- und Fleischwucher, der trotz der momentan günstigen Konjunktur das arbeitende Volk standalbs auspowert.

Sie kämpft

gegen die neue Zuchthausvorlage, das neue Antigenvertragsgesetz, durch das die mühsam unter namenlosen Opfern aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen entmündigt und zertrümmert werden sollen!

Sie kämpft

für Befreiung der arbeitenden Mehrheit des Volkes vom Joch der herrschenden Klasse, für politische und soziale Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes, für Freiheit und Recht!

Wähler! In diesem Zeichen, mit dieser Parole müssen und werden wir siegen, wenn das Volk nicht an sich selbst zum Verräter werden will.

Um des Volkes Recht und um des Volkes Wohlfahrt wird am 25. Januar gekämpft.

Wähler! Sorgt dafür, daß die Brot- und Fleischwucherparteien aufs Haupt geschlagen werden, daß die Millionenverschleuderer und Sandwüstenpolitiker ihre verderbliche Arbeit nicht fortsetzen können.

Stärkt die sozialdemokratische Partei durch gewaltigen Stimmenzuwachs und starke Vermehrung der Reichstagsitze.

Wählt nur den schlichten Mann aus der Werkstatt, den

ParteiSekretär Rudolf Bühler Essen.

Wähler! Benutzt die Auflösung des Reichstages, um dem Millionenheer der Sozialdemokratie neue Scharen zuzuführen, die mit dem sozialdemokratischen Stimmzettel die Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form bekämpfen wollen.

Nieder mit dem Brot- und Fleischwucherkartell! Nieder mit dem Afrikakartell im Reichstage!

Alle Mann an Bord!

Klar zum Geseht!

Vorwärts zum Kampf und zum Sieg!

Hoch die Sozialdemokratie!

**Das sozialdemokratische Wahlkomitee
im Wahlkreise Moers-Rees.**

Wähler! Die Fragen, die wir bisher erörtert haben, sind aber nicht die einzigen, die den künftigen Reichstag beschäftigen werden.

Die Zoll- und Absperrungspolitik

die unsere Agrarier über 1000 Millionen im Jahre einbringt, bedingt eine ständige Unterernährung von Millionen Menschen. Fleisch, Brot, Butter, Eier und vor allem die Milch, die Hauptnahrung unserer Kinder, sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Den armen Landarbeiter wollte man durch die Zollerhöhung aus der bittersten Not helfen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

Landarbeiter im Wahlkreise Moers-Rees!

Was hat Euch die Zollerhöhung, der Raubzug auf die Taschen der großen Masse eingebracht? Seid Ihr imstande, ein anständiges Leben führen zu können? Tag für Tag, sogar am Sonntage müßt Ihr Eure Knochen für die Großgrundbesitzer hergeben.

Wähler! Wollt Ihr die Hungerpeitsche der großen Agrarier nicht fernerhin über Euren und Eurer Familienhäupter geschwungen sehen, so wählt Vertreter, die dieser Aus Hungerungspolitik ein Ende machen, wählt Sozialdemokraten!

Fort mit den Lebensmittelwuchern!

In der Zigarren- und Textilindustrie herrschen ebenso wie in der Landwirtschaft Mann, Frau und Kinder müssen sich dem Geldgierigen zur Beute stellen. Der Vergarbeiter hat man wohl selbst der christliche Bergknabe schrieb: „Steine statt Brot gegeben“. Die christlichen Arbeiter bezahlten gerne einige Pfennig mehr, sagte ein bekannter Zentrumsmann. Heute sind die christlich mehr imstande, von den Löhnen, welche ihre Männer verdienen, Haushalt zu führen.

Christliche Wähler im Wahlkreise Moers-Rees!

Vertreter vom Sozialismus sagen:

Der Bischof Ketteler erklärte 1864 in „Arbeiterfrage und Christentum“: „Die Partei, Vertreter Lassaile ist, hat das unbestreitbare Recht des Arbeiterstandes mit unerbitterlicher Geduld zu haben!“

Der Professor Dr. Hinze schrieb in seiner „Vom Lohn und Arbeit“ folgendes: „Wir dürfen dem Sozialismus als Verdienst anrechnen, wenn er den relativen Wert des heutigen Privateigentums betont. In der Gegenwart: Zu viel Kapital und zu wenig Arbeit; in der Vergangenheit: Zu wenig Kapital und zu viel Arbeit. Der Ausgleich möglich sein, und wenn kein anderer Weg wird, müssen wir den des Sozialismus anerkennen.“

Das Bonner Zentrumblatt „Die Deutsche Zeitung“ schrieb 1898 in einem Artikel über die Sozialdemokratie: „Es ist nunmehr eine allgemein anerkannte Tatsache, daß die Zukunft das Gepräge des Sozialismus“

Wähler im ganzen Wahlkreise, handelt nach diesen Urteilen.

Nieder mit den bürgerlichen Kandidaten.

Wer Zentrum oder Freikonservativ wählt, will den den Brot- und Fleischwucher verewigen und die Masse der Arbeiter verurteilen, will den Reichen alle Rechte und dem Armen alles nehmen, will noch mehr dem Militärkoloss opfern, will die Kolonialpolitik dem arbeitenden Volke

immer mehr neue und dreifache Steuern aufhalsen!

Wähler! Parteigenossen! Die Zeit bis zum 26. Januar erfordert schwere, unablässige Arbeit. Jede Stunde muß ausgenutzt werden zur Agitation für die Partei der Arbeit. Sorgt dafür, daß die Massen über ihre Lage aufgeklärt, daß die Zweifelsenden belehrt, die Säumnigen aufgerüttelt werden.

Die wirtschaftliche Ausbeutung, die politische Unterdrückungspolitik der herrschenden Klassen gegen die Arbeiter muß an den Beschlüssen der Reichstagsmehrheit, an den von ihr geschaffenen Gesehen, an der durch ihre Militärs, Marine, Kolonial- und Steuerpolitik herbeigeführte traurige, nach noch mehr Steuern drängende Finanzlage des Reichs nachgewiesen werden.

Wähler! Für die Sozialdemokratie ist die Wahlparade durch die Ereignisse gegeben. Sie führt den Wahlkampf im Zeichen des Kampfes gegen das persönliche Regiment, zum Schutze der bedrohten Volkrechte.

Sie kämpft

gegen die uferlose Flotten- und Weltpolitik, gegen die volksausfängerische Kolonialpolitik, gegen die Befudlung der nationalen Ehre durch koloniale Untaten.

Sie kämpft

gegen die Volksausbeutung durch Zollwucher und Grenzsperrern, gegen den Brot- und Fleischwucher, der trotz der momentan günstigen Konjunktur das arbeitende Volk skandalös auspovert.

Sie kämpft

gegen die neue Zuchthausoorlage, das neue Antigewerkschaftsgesetz, durch das die mühsam unter namenlosen Opfern aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen entmündigt und zertrümmert werden sollen!

Sie kämpft

für Befreiung der arbeitenden Mehrheit des Volkes vom Joch der herrschenden Klasse, für politische und soziale Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes, für Freiheit und Recht!

Wähler! In diesem Zeichen, mit dieser Parole müssen wir kämpfen, wenn das Volk nicht an sich selbst zum Verräter

des Volkes Recht und um des Volkes Wohlfahrt wird am

kämpfen.

Wähler! Sorgt dafür, daß die Brot- und Fleischwucher-Hauptgeschlagen werden, daß die Millionenverschleuderer und die sozialdemokratische Partei durch gewaltigen Stimmenstarke Vermehrung der Reichstagsitze.

nur den schlichten Mann aus der Werkstatt, den

sekretär Rudolf Bühler

Essen.

Wähler! Benutzt die Auflösung des Reichstages, um dem die Sozialdemokratie neue Scharen zuzuführen, die mit demokratischen Stimmzetteln die Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen wollen.

mit dem Brot- und Fleischwucherkartell! Nieder mit dem Kartell im Reichstage!

Mann an Bord!
zum Gesecht!

Wärts zum Kampf und zum Sieg!

noch die Sozialdemokratie!
Das sozialdemokratische Wahlkomitee im Wahlkreise Moers-Rees.

Zur Beachtung!

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche (man braucht also nicht Preusse zu sein) männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 26. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung sind Personen, die unter Vormundschaft oder unter Kuratel stehen, oder die sich in noch nicht abgeschlossenem Konkursverfahren befinden. Personen, welche eine direkte Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindefonds beziehen oder im letzten Jahre, also seit dem 26. Januar 1906 bezogen haben. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Wähler! Bedenkt auch, daß in dieser ersten Zeit es doppelt notwendig ist, zu dem Organ Niederrheinische Arbeiterzeitung zu sehen. Die mißliche Lage, in welcher sich gerade die bürgerlichen Parteien befinden, wird deren Zeitungen zu den tollsten Sprüngen und Verdächtigungen der Sozialdemokraten, sowie zur Verdunkelung der Tatsachen, um die es sich bei dieser Wahl handelt, verleiten. Jeder, der mit uns denkt und fühlt, muß auch jetzt die Niederrheinische Arbeiterzeitung halten. Jede Auskunft über Bestellung der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, sowie über die gesamte Bewegung während der Wahl werden im Kreise Moers vom Arbeitersekretariat Hochheide, Prinzstraße 95, im Kreise Rees beim Genossen Carl Dettmer in Wesel, Lückingstraße 857 erteilt.

